

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

7.11.1927 (No. 259)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 8515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Sedenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckbogen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden
für die Zeit vom 27. Oktober bis 2. November 1927.
(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung.)

Der Beschäftigungsgrad hat seinen Höhepunkt bereits überschritten. Zwar ist die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger noch um weitere 22, nämlich von 10 598 auf 10 576 gesunken. Aber bereits in der erstmals wieder zunehmenden Zahl der Streifenunterstützungsempfänger — Steigerung um 63 von 5314 auf 5377 — kommt die rückläufige Richtung der Entwicklung zum Ausdruck.

In ihr hatten zunächst die Landwirtschaft und die Gärtnerei einigen Anteil.

Wenn sodann in der Gruppe der Steine und Erden innerhalb des Berufsbezuges der Steinindustrie noch keine Entlassungen größeren Umfangs zu beobachten waren, so macht sich jedenfalls die Verringerung der Beschäftigungsmöglichkeiten in der Ziegeleifabrikation saisonmäßig bereits deutlich bemerkbar.

Auch innerhalb der Gruppe der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie waren da und dort leichtere Schwankungen zu beobachten. Andererseits steigerte sich das Vermittlungsgeschäft noch in der mit Überstunden arbeitenden Forzheimer Schmuckwarenindustrie, wie auch erfreulicherweise in der Schwarzwälder Uhrenfabrikation das Ende Oktober befürchtete Abflauen des Beschäftigungsgrades nicht eingetreten ist.

Der Arbeitsmarkt des Holz- und Schnitzstoffgewerbes, der durch eine größere Entlastung beeinträchtigt wurde, blieb im ganzen ziemlich ruhig.

Im Nahrungsmittelgewerbe machte sich erhöhter Bedarf an jungen Lehrgern bemerkbar, welche letztere jedoch in dem gewünschten Alter nicht zu beschaffen waren. Der ungünstige Arbeitsmarkt des Bädergewerbes hat teilweise durch Rückkehr der im Hotelgewerbe beschäftigt gewesenen Bäder und Konditoren eine nicht unwesentliche Belastung erfahren. Sinegen zeigte sich die Schokoladenindustrie aufnahmefähig. In der Zigarrenindustrie wurden die zum 12. November ausgesprochenen Rindigungen in mehreren Betrieben mit Streif beantwortet.

Die Entlassungen des Baugewerbes halten sich bis jetzt im allgemeinen in möglichen Grenzen. Die rückläufige Bewegung vollzog sich im ganzen genommen nur langsam, allerdings mußte örtlich bereits in mittleren Jahren stehenden Maurern und Zimmerern, teilweise auch Malern und Glazern, Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. Andererseits wieder konnten entlassene Sacharbeiter des Hochbaugewerbes alsbald behelfsmäßig zum Tiefbau und ins Verkehrsgeerbe vermittelt werden.

In rascherem Tempo vollzieht sich naturgemäß das saisonmäßige Abfinden der Beschäftigungskurve im Hotelgewerbe. Hier sind den seitherigen Schließungen weitere gefolgt. Die Zahl der stehenden Köche, Gallenangestellten, Servierfräuleins und Zimmermädchen nimmt merklich zu, ohne daß sich auf der anderen Seite die typische Nachfrage nach Küchenmädchen wesentlich verringert hätte.

Die Revolutionsfeier in Moskau

Moskau, 7. Nov. (Tel.) Die Zehnjahrestagesfeier der Oktoberrevolution begann am Sonntag mit einer Festigung der Moskauer Sowjets unter Teilnahme der Regierungsmitglieder und auswärtigen Delegationen in dem festlich geschmückten großen Theater. Auf der Bühne war auf einem Podest die Wüste Lenins unter einem leuchtenden roten Stern aufgestellt. Um das Podest stand eine Ehrenwache mit Bannern. Unter den Ehrengästen sah man greise Teilnehmer der Pariser Kommune und hervorragende Führer der internationalen Revolutionsbewegung. Ansprachen hielten namens des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Bucharin, namens aller ausländischen Delegationen Geny Barbusse, ferner Vertreter ausländischer kommunistischer Parteien, darunter Murphy, Sklawala, Alara Jettin, Bailant, Conturier und andere. Besonderen Beifall löste die Rede des Franzosen Anton Gau als Teilnehmer der Pariser Kommune aus, der Epifoden aus dem Kampfe der Kommune schilderte.

Bei den Demonstrationen der kommunistischen Partei Deutschlands in Berlin wurden am Sonntag insgesamt 15 Personen wegen großen Unfugs, Beamteneleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt festgenommen. Zu einem schweren Zusammenstoß kam es am Nachmittag auf dem Orianenplatz.

Berliner Tagesbericht

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)
Das Ausland zur Dawesdebatte

M. Berlin, 7. Nov. (Priv.-Tel.)

Die Aufnahme, welche die deutsche Denkschrift im Ausland gefunden hat, ist ungewöhnlich unfreundlich, was wenig überrascht, zumal auch die deutsche Presse in ihren Kommentaren starke Kritik übt. So z. B. spricht das Organ der Deutschen Volkspartei in Berlin, die „Tägl. Rundsch.“, von einer ungeschickten Taktik. Selbstamerweise sind die schärfsten Beurteilungen nicht in der französischen, sondern in der angelsächsischen Presse zu finden, und zwar hat dabei die Führung die „Times“, deren Art der Kritik zurückgewiesen werden muß. Hier spielen offensichtlich, zumal die „Times“ schon seit längerer Zeit gegen Deutschland in dieser Frage heftig, unfaßliche Momente eine Rolle, so die Befürchtung, es könnte zu viel amerikanisches Kapital in Deutschland investiert werden. Leider zeigt sich aber auch die amerikanischen Blätter selbst sehr stark gegen die deutsche Antwort eingenommen. So nimmt „New York Herald“, der ja immer deutschfeindlich war, gegen die deutsche Antwort scharfe Stellung und überschreibt seinen Artikel „Deutschland weist die Warnung zurück“. Unsere Antwort nennt er zugleich einen unfreundlichen Akt.

Die französische Presse

ist nicht einheitlich, sie teilt sich nach ihrer Parteirichtung. So sind besonders die Ausführungen des „Quotidien“ bemerkenswert, der das ganze Dawesproblem aufrollt. Er erklärt, die Gläubiger Deutschlands könnten den gewaltigen Transfer von Waren aus dem Reich nicht ertragen. Auch die dauernden Schuldenzahlungen müßten Gläubiger und Schuldner genau so gefährden, wie die Schuldzahlung der Entente an Amerika. Wenn man nicht den ganzen Dawesplan revidieren wolle, müsse man wenigstens seine unbestimmte Dauer beanstanden.

Interessant ist ferner in diesem Zusammenhang, daß ein größerer Teil der französischen Linkspresse jetzt die Verständigung mit Deutschland in viel schärferer Form verlangt, als noch vor wenigen Tagen. So erklärt „Deuvre“ in einem längeren Artikel, es bestie gar keine Möglichkeit, die 70 Millionen gut disziplinierter und arbeitgewohnter Deutscher zu vernichten. Frankreich müsse endlich begreifen, daß es diesen 70 Millionen gegenüber immer unterlegen sein werde. Die beste Verteidigung sei die Verständigung.

Dr. Bell über außen- und innenpolitische Probleme

Auf dem Zentrumsparteitag für Düsseldorf-West gab der frühere Reichsminister Dr. Bell einen Überblick über die außen- und innenpolitischen Verhältnisse Deutschlands, wobei er sich besonders dagegen wandte, daß durch die Aufrechterhaltung der Besetzung und durch die Weiterbelastung des Walfels der alleinigen Kriegsschuld die Mitarbeit Deutschlands im Völkerverbund als gleichwertiges Mitglied erschwert würde. Bei Erörterung des Reichsschuldengesetzes vertrat Dr. Bell den Standpunkt, daß der Entwurf bei allseitigem gutem Willen alle berechtigten Ansprüche erfüllt, wenn die Gleichberechtigung der drei Spalten erfüllt durchgeführt wird. Dr. Bell schloß mit dem Gedanken, daß das Zentrum die Etablierung des alten Reichstages mit der nünftigen Gewissensruhe entgegenstehe, wie der Geburtstagsstunde des neuen Reichstages. Auch nach den Neuwahlen werde die Zentrumsfaktion ihre Mitwirkung in Koalitionen dem Reichsinteresse und dem Volkswohl unterstellen.

Kommunale Wahlen in Oldenburg

In den oldenburgischen Städten und Stadtgemeinden fanden am Sonntag Kommunalwahlen statt. Es wird berichtet, daß sie fast überall einen Erfolg der linken Parteien herbeigeführt hätten. In Oldenburg und Delmenhorst sei die bisherige Mehrheit der Rechten gebrochen worden.

In der Stadt Oldenburg entfielen auf die Einheitsliste (Deutsche Volkspartei und Deutschnationale) insgesamt 16 Sitze (bisher 22), auf die Hilferbewegung 1 (1), Demokraten 8 (7), Zentrum 1 (1), Steuerzahlerklub 3 (0), Sozialdemokraten 10 (8), Kommunisten 2 (2). Die Wahlbeteiligung betrug 64 Proz. Delmenhorst hatte bisher einen Stadtrat von 18 Bürgerlichen, 12 Sozialdemokraten und einem Kommunisten. Die gestrige Wahl brachte den Bürgerlichen eine schwere Niederlage. Der Stadtrat besteht jetzt aus 15 Bürgerlichen, 16 Sozialdemokraten und 1 Kommunisten. In Müritzingen, der zweitgrößten oldenburgischen Stadt, hatten die Sozialdemokraten bisher 14 Mandate. Sie haben 2 hinzugewonnen, verfügen also jetzt über 16 Mandate von insgesamt 26.

Die Besatzungsverminderung. Die Meldungen, daß der vorgesehene Abbau der Besatzungstruppen bereits vollständig beendet sei, trifft nicht zu. Der Abtransport der Besatzungstruppen ist im Gange, aber noch nicht überall vollständig durchgeführt; man nimmt an, daß er bis Mitte November vollendet sein wird.

Reparationsagent und Reichsregierung

Die Veröffentlichung der Schriftstücke

Am Samstag sind, wie angekündigt, das Memorandum des Reparationsagenten und die Antwort der Reichsregierung darauf veröffentlicht worden. Wie dazu mitgeteilt wird, entschloß man sich im Einvernehmen mit dem Reparationsagenten zur Veröffentlichung, da namentlich in der ausländischen Presse unzutreffende Darstellungen erschienen waren. Aus Berlin wird erklärt, daß die deutsche Antwort, die nach ihrer ressortmäßigen Durcharbeitung in zwei Sitzungen des Reichskabinetts festgelegt wurde, von dem Wunsche getragen sei, eine brauchbare Grundlage für die weiteren Verhandlungen zu schaffen. Dementsprechend werde sie in dem weiteren Gedankenaustausch, der ebenso freimütig wie bisher geführt werde, naturgemäß eine erhebliche Rolle spielen.

Das Memorandum des Reparationsagenten

Das am Sonntag veröffentlichte Memorandum des Generalagenten für die Reparationszahlungen enthält auf 28 Schreibmaschinenseiten eine längere Einleitung, drei getrennte Kapitel über Finanzpolitik des Reiches, das Finanzwesen der Länder und Gemeinden, die Kredit- und Währungs politik und eine Schlußbetrachtung.

In den einleitenden Worten wird, von den Zielen der deutschen Wirtschaftspolitik ausgehend, die Notwendigkeit der Kapitalbildung betont, wozu gesunde Finanzen von äußerster Wichtigkeit seien. Parker Gilbert erklärt dabei, er nehme vom Standpunkte der Durchführung des Sachverständigenplanes die wiederholten Zusicherungen der Reichsregierung zur Erfüllung der von ihr übernommenen Verpflichtungen alles in ihrer Macht stehende zu tun, zum vollen Werte an. Von grundlegender Wichtigkeit sei es, daß die Reichsregierung eine faire Erprobung des Planes gestatte, und daß sie während dieser Probe in der Führung ihrer Angelegenheiten Vorsicht walten lasse. Das steigende Niveau der öffentlichen Ausgaben gehe bereits jetzt dem Wirtschaftslieben einen föhntlichen Antrieb und drohe die wesentliche Stabilität des öffentlichen Finanzwesens zu untergraben. Laße man diese Tendenz ungehemmt fortgewähren, so sei es so gut wie sicher, daß die Folgen in einem ernsthaften wirtschaftlichen Rückschlag und in einer heftigen Erschütterung des deutschen Kredites im In- und Auslande bestehen werden. Abhilfe könne in erster Linie dadurch geschaffen werden, daß ein Regime strikter Sparsamkeit und geordneter öffentlicher Finanzen angewandt werde.

Im ersten Kapitel über die Finanzpolitik des Reiches wird vor allem die steigende Tendenz der Gesamtausgaben behandelt, die sich für das laufende Rechnungsjahr auf 9130 Millionen M belaufen gegenüber einem Ausgabenvoranschlag in Höhe von 8643 Millionen M im abgelaufenen Rechnungsjahr und tatsächlichen Ausgaben von 7444 Millionen M im Jahre 1925/26. Die Steigerung wird zunächst zurückgeführt auf die mit der Hinausschiebung des endgültigen Finanzausgleichs verknüpften Verluste und Garantieleistungen des Reiches gegenüber den Ländern und Gemeinden. Ferner wird die geplante Gehaltserhöhung erwähnt, die nach den Regierungsvorschlägen in einer Form erfolgen, bei der die erhöhte Wahrscheinlichkeit bestehe, daß sie für die allgemeine Wirtschaft im Reiche erste Folgeerscheinungen zeitigen werde. Außerdem werden schließlich die Entwürfe des Kriegsschadenschuldengesetzes und des Reichsschuldengesetzes erwähnt. Der Entwurf sehe offenbar Ausgaben von 1000 Millionen M vor, während man sich anscheinend um die finanziellen Auswirkungen des Reichsschuldengesetzes trotz dem Warnungsruuf von Ländern und Gemeinden bisher wenig gekümmert habe. Auch hier habe der Generalagent kein Urteil über irgend eine der neuen Vorlagen einzeln und für sich genommen zu fällen. Aber die Freiheit der Reichsregierung in bezug auf die Aufstellung und Handhabung des Haushaltsplanes schlicke die Verantwortlichkeit für die wahrscheinlichen Auswirkungen ihrer Handlungen ein, für die der Generalagent vier Kategorien aufzählt:

- 1. Gefährdung der Stabilität des Reichshaushaltes;
2. Wachsende Forderungen der Länder;
3. In steigendem Maße ungesundes öffentliches Finanzwesen infolge des Fehlens einer tatsächlichen Kontrolle über die öffentlichen Geldausgaben und über die öffentlichen Anleihen.
4. Gesteigerte Produktionskosten, gesteigerte Preise und Lebenshaltung, Gehaltserhöhungen im Wirtschaftsleben, erhöhte Eisenbahntarife usw.
Offensichtlich wohnt allen diesen Entwicklungen die Tendenz inne, die Kosten der Erzeugung zu steigern und dergestalt die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft, in den Wettbewerb auf möglichst hohe Exporte einzutreten, zu verringern.
Im zweiten Kapitel werden besonders die umfangreichen In- und Auslandsanleihen der Länder und Kommunen untersucht. Sinegen wird insbesondere darauf, daß die Auslandsanleihen seit Anfang 1925 1,6 Milliarden M betragen und damit die Höhe der Kredite für Handel und Industrie erreichen. Die Höhe sieht der Generalagent auch hier in der Beschneidung der Ausgaben auf ein Mindestmaß. Die entsprechende Ankündigung der Reichsregierung vom 7. Oktober d. J. sei außerordentlich zu begrüßen. Aber es sei von äußerster Wichtigkeit, daß das Reich dabei die auf richtige und verständnisvolle Unterstützung der Länder finde.
Im dritten Kapitel werden die führenden Einflüsse gegen die Kredit- und Währungs politik der Reichsbank erörtert und betont, daß die finanziellen Operationen des Reiches, der Länder und Gemeinden eine gesonderte Kreditpolitik darstellten, die heute im Gegensatz zur Kreditpolitik der Reichsbank ausgeübt werde. Das Ergebnis dieser verschiedenen Politiken liege in der Richtung der Expansion, die im September sich besonders fühlbar machte und den Gesamtumfang

des Reichsbankkreditens sowie den Gesamtumfang der deutschen Zahlungsmittel auf den höchsten Stand seit der Stabilisierung gebracht habe. Ein weiterer fördernder Einfluß sei die Handhabung der öffentlichen Gelder und der öffentlichen Banken, die sehr entschieden dahin tendiere, die Autorität der Reichsbank zu verringern.

Die Denkschrift verlangt daher einen klar umrissenen und umfassenden Plan, der eine gesonderte koordinierte Politik hinsichtlich der öffentlichen Gelder gewährleistet.

Bei einer ungehemmten Auswirkung aller dieser Tendenzen, so sagt Barter Gilbert seinen Rückblick in einer Schlussbetrachtung zusammen, ist es einerseits nahezu sicher, daß sie zu empfindlichen wirtschaftlichen Rückschlägen führen würden, und andererseits wahrscheinlich, daß sie den Eindruck verstärken würden, Deutschland handle nicht mit gehöriger Berücksichtigung seiner Reparationsverpflichtungen.

Zum Schluß seiner Denkschrift spricht der Generalagent die Hoffnung aus, daß die Reichsregierung im Interesse der deutschen Wirtschaft wie auch in dem der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands schleunige und wirksame Maßnahmen ergreifen werde, um der Situation zu begegnen. Glücklicherweise ist, so sagt er dabei, die Lage noch nicht kritisch geworden. Noch liegt es in der Macht der Reichsregierung, rechtzeitig den jetzt drohenden Gefahren Einhalt zu gebieten, und der deutschen Wirtschaft wiederum zu einer gefunden Lage zu verhelfen.

Die Antwort der Reichsregierung

Die Antwort der Reichsregierung behandelt ebenso wie das Memorandum selbst die in ihm aufgeworfenen Fragen in erster Linie von wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten aus. Sie stellt aber fest, daß diese Betrachtungsweise nicht immer vollständig sein wird. Die Berücksichtigung der staatspolitischen Notwendigkeiten muß hinzutreten, von denen der Leistungswille des Gesamtvolkes abhängt.

Nach den Darlegungen des wirtschaftlichen Teiles betrachtet es die Reichsregierung mit dem Generalagenten als das Ziel ihrer Wirtschaftspolitik, alle produktiven Kräfte zu entwickeln. Die Besserung der Wirtschaftslage, die seit der Stabilisierung erzielt sei, beweise, daß die der Wirtschaft aus dem In- und Ausland zugeflossenen Gelder eine rationelle Verwendung gefunden haben. Die Höhe der Auslandsverschuldung gibt gegenüber den verpfändeten Werten und im Hinblick auf die Produktivität der dafür geschaffenen Anlagen keinen Anlaß zur Beunruhigung.

Den Auslandskredit und -anleihen folgten naturgemäß in entsprechendem Umfang Importe von Auslandswaren, zumal, da Deutschland für seinen Rohstoff- und Nahrungsmittelbedarf in weitem Maße auf ausländische Erzeugnisse angewiesen ist. Im Monatsdurchschnitt ist seit Juli dieses Jahres die Mehrein- und Ausfuhr von Rohstoffen und Halbwaren um 16 v. H. zurückgegangen, in der gleichen Zeit eine Erhöhung der Mehrausfuhr an Fertigwaren um rund 24 v. H. eingetreten. Die Ausfuhr hat Deutschland seit der Stabilisierung ständig steigern können. Mag auch die Entwicklung an einzelnen Stellen überschnell gewesen sein, so ist eine Krise doch nicht zu befürchten und eine zu starke Expansion werde jedenfalls nur zum geringsten Teile auf Maßnahmen der öffentlichen Hand zurückzuführen sein. Andererseits haben die Auslandsanleihen, gemessen am Gesamtvermögen der deutschen Wirtschaft, ihr keinen ungesunden Antriebs geben können.

Für die Exportförderung hängt viel ab von der Erleichterung und Neuordnung des internationalen Handels. Noch mehr hängt sie ab von der Öffnung der Märkte in gewissen Ländern für deutsche Waren. Die deutsche Regierung sieht mit ernster Besorgnis auf die Entwicklung in einem Teile der Absatzländer, da nur der Abbau der bestehenden Schranken Deutschland den für seine Leistungen erforderlichen Exportüberschuß sichern kann.

Wegen der Entwicklung der Finanzen seit 1924 wird zunächst allgemein auf die Rede des Reichsfinanzministers vom 26. Oktober 1927 im Haushaltsauschuß verwiesen. Die allgemeinen Kriegslasten Deutschlands, d. h. die Reparationslasten einschließlich sämtlicher inneren Verpflichtungen, die das Reich als direkte Kriegsfolgen übernehmen mußte, erfordern im Jahre 1927 über 3,5 Milliarden M., also zwei Drittel der gesamten ordentlichen Ausgaben, und mehr als die Hälfte der gesamten ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben des Reiches. Im ordentlichen Haushalt erfordern bereits die oben bezeichneten Kriegslasten, soweit sie den Haushalt belasten, im Jahre 1927 rund 2,6 Milliarden M., also annähernd die Hälfte der gesamten ordentlichen Ausgaben des Reiches, die sich ohne Überweisungen an die Länder auf rund 5,8 Milliarden M. belaufen.

Die Bedeutung dieser Lasten wird klar, wenn man bedenkt, daß die Kosten der gesamten Reichsverwaltung 1918 sich auf nur 2,7 Milliarden M. belaufen. Diese Zahlen sprechen für sich. Daraus ergibt sich, daß keine Haushaltsführung ohne Rücksicht auf die Reparationsverpflichtungen stattfinden konnte.

Badisches Landestheater

Zum erstenmal: Zwölfstausend
Schauspiel in drei Akten von Bruno Frank
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Die Uraufführung von Bruno Frank's „Zwölfstausend“ war ein Mißgriff. Der Inhalt benutzt die bekannte Szene in Schillers revolutionärem Jugendwerk „Kabale und Liebe“. II, 2. Lady: „Nehmt! Was bezahlt dein Herzog für diese Steine?“ Kammerdiener: „Gestern sind siebentaufend Landes, heute nach Amerika fort — die zahlen alles.“ Damit ist verbunden die Gefinnung des Ausspruchs von Lessings Minna von Barnhelm: „daß Ihr König, der ein großer Mann ist, auch wohl ein guter Mann sein mag.“

Auf doppelter Grundlage hat Bruno Frank ein Theaterstück zurecht gegimmert, das ohne seelische Vertiefung und Entwicklung, ohne inneren dramatischen Lebensnerv historische Erinnerungsbilder aus Deutschlands vorknapoleonischer Despotenzeit mit groben äußeren Spannungen und noch gröberen Lösungen mit Hilfe eines preußischen deus ex machina vorführt. Entsprechend der Spaltung im gegenwärtigen Deutschland steht der erste Teil gewissermaßen unter den demokratisch-republikanischen Farben Schwarz-Rot-Gold, während der zweite Teil stramm monarchistisch zu den Begleitklängen des Fridericus Rex marschiert.

Der Minister des herzoglichen Kleinstaatens von Trehsja, eine Verbindung von Präsident und Hofmarschall aus „Kabale und Liebe“, unterhandelt mit dem Bevollmächtigten Englands, Mr. Faucitt, über den Verkauf von zwölfstausend herzoglichen Landbeständen für den englischen Kolonialkrieg in Amerika, denn der herzogliche Despot braucht nicht zum wenigsten für seine Mätresse der zur Gräfin Spangenberg erhobenen Landestochter Rapp, Geld und viel Geld. Diese Verhandlungen finden in dem Zimmer des herzoglichen Sekretärs Riberit statt, da diesem selbst zwei Brüder ausgedient sind und er durch die Bedenken des Engländers über ein etwaiges Verkaufshindernis des Eingreifen des preußischen Königs zu können, d. h. einen Brief mit der Verkaufsnachricht über die bewachte Grenze nach Berlin senden zu können, muß auch die Gräfin Spangenberg in das Zimmer bemüht

Der Haushalt für 1928, der allein einen Mehrbetrag von 400 Millionen M für Reparationen erfordert, wird in strengster Sparjamkeit aufgestellt. Eine größere Vermehrung des Anleihebedarfes wird nach Absicht der Reichsregierung nach Möglichkeit vermieden. Die aus der Vergangenheit übernommenen Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes sind bereits eingeschränkt und werden weiter eingeschränkt. Von Ländern und Gemeinden sollen Anleihen nur für produktive Zwecke besonderer Art aufgenommen werden. Eine Nachprüfung der in dem Memorandum aufgeführten 1600 Millionen M ausländischer Verschuldungen ergibt dies ganz klar.

Die Antwort der Reichsregierung gibt einen Überblick über die Verwendung dieser Beträge.

Hinsichtlich des Finanzausgleichs besagt die Antwort, daß das Reich seit 1919 bestrebt war, auf Vereinheitlichung und Klärung des Finanzsystems hinzuwirken. Dies wird belegt mit einer Reihe finanzpolitischer Maßnahmen.

Die dem Reiche für die öffentliche Finanzgebung zukommende Führerrolle kann sich nur bewahren, wenn sie von aufrichtiger und umfassender Unterstützung durch Länder und Gemeinden getragen wird. Beweis für solche Zusammenarbeit sind die jüngsten Vereinbarungen über die Veranlagung der Staatsanleihen.

Die für die Besoldungsreform erforderlichen Mittel sind wesentlich geringer, als in der Öffentlichkeit angenommen wird. Für diesen Zweck kommt weder eine Erhöhung der Steuern, noch der Post- und Eisenbahntarife in Frage. Durch organisatorische Maßnahmen soll der Gesamtbetrag an Besoldungen gesenkt werden.

Der Gesetzentwurf über die Liquidationsgeschäden ist eine Auswirkung des Versailleser Vertrages, der Deutschland zur Entschädigung seiner Staatsangehörigen verpflichtet, die seit 1919 auf den Ausgleich ihrer Schäden warten. Der hierfür erforderliche Aufwand von einer Milliarde belastet nicht einen Jahresetat, sondern umfasst die jährlichen Leistungen für alle Zukunft.

Die Kosten des Schulgesetzes spielen in der nächsten Zukunft überhaupt keine Rolle.

Die Reichsregierung kann die Besorgnisse des Reparationsagenten nicht teilen, daß die Mehrausgaben für diese Gezehe den Reichshaushalt bedrohen.

Die Antwort schließt mit einem Hinweis, daß sich nach diesen Ausführungen der Eindruck nicht rechtfertigen lasse, als ob Deutschland auf seine Reparationsverpflichtungen nicht gehörend Rücksicht genommen habe. Die Reichsregierung stellt fest, daß sie die Möglichkeiten des Transfers niemals künstlich beeinträchtigt hat und weist den Gedanken vor sich, dies künftig zu tun. Sie verleiht ihrer Zurechtweisung Ausdruck, daß das Vertrauen in die loyale Mitarbeit aller dazu Berufenen auch die unerschütterliche Grundlage künftiger gemeinsamer Arbeit sein wird.

Ausländische Pressestimmen

WTB. London, 7. Nov. (Tel.) „Financial Times“ sagt in einem Leitartikel: Die deutsche Antwort ist in gewissem Maße beruhigend. Trotzdem scheint es, daß die gegenwärtigen Verhältnisse Deutschlands die mit dem Sachverständigenbericht angenommenen Verbindlichkeiten noch immer als übertrieben betrachtet, wenn sie auch nicht so weit gehen, für ihre Abänderung einzutreten. Der allgemeine Ton der Antwort läßt die Vermutung zu, daß die den deutschen Behörden von Pariser Gilbert erteilte Warnung, zeitgemäß und notwendig war.

Der Finanzredakteur der „Westminster Gazette“ weist darauf hin, wie wichtig es ist, daß die Welt von Deutschlands ehrlichem Willen überzeugt ist und führt weiter aus, die grundlegende Schwierigkeit in der Reparationsfrage sei, daß die Gläubigerationen bereit sein wollen, es aber ablehnen, die Güter und Dienste anzunehmen, in denen allein umfangreiche Zahlungen erfolgen können.

„Times“ nennt in einem Leitartikel die Denkschrift Barter Gilberts eine furchtbare Anlage gegen das deutsche Finanzwesen.

WTB. Paris, 7. Nov. (Tel.) Der sozialistische „Populaire“ schreibt, schon heute könne man sagen, daß in zwei Jahren, wenn nicht schon früher, alle Mächte, die die Abkommen von London unterzeichnet haben, in ihrem eigenen Interesse veranlaßt werden würden, die Zahlungsbedingungen einer neuen Prüfung zu unterziehen. Dies werde vielleicht der Augenblick sein, endgültig die Höhe der deutschen Reparationszahlungen festzusetzen.

„Somme Libre“ erklärt, trotz des Dawesplanes und trotz der Londoner Abmachungen sei das Reparationsproblem noch nicht vollständig gelöst. Deutschland wolle weber, was es insgesamt zu bezahlen habe, noch wie viele Jahre es jährlichen Belastungen unterworfen sei, und wie es dem Transferformitee gelingen werde, die von Deutschland vereinnahmten Devisen zu transferieren.

WTB. New York, 7. Nov. (Tel.) „New York World“ u. „New York Times“ widmen der Note Barter Gilberts im wesentlichen referierende Leitartikel, doch fügt „World“ hinzu, angefaßt der Verwindung des deutschen Budgets sei Barter Gilberts Schärfe verständlich. „New York Times“ sagt: Sowohl der Friedensvertrag, wie der Dawesplan ermächtigen Gilbert zu seiner Kritik, indessen beruhe es angenehm, daß diese Kritik von der deutschen Regierung ohne Empfindlichkeit entgegen genommen sei, und daß die deutsche Regierung ihr Versprechen auf Einhaltung der Dawesplanverpflichtungen erneuert habe.

Aus den Reichstagsausschüssen

Das Reichschulgesetz

Im Bildungsausschuß des Reichstages beämpfte am Samstag Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) den Abänderungsantrag der Regierungsparteien, der eine Berufung auf Art. 120 in den § 1 einfügen will, um den Elternwillen in der Schule zur Geltung zu bringen. Der Redner polemisiert gegen den Satz Faulhabers „Elternrecht bricht Staatsrecht“.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) erklärt, das staatspolitische Programm des Katholizismus erkenne dem Staate das Recht auf die Schule zu, aber es wolle dieses Recht mit dem der Familie und der Genossenschaft in Verbindung bringen.

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) hält den Abänderungsantrag der Regierungsparteien für noch gefährlicher als den Regierungsentwurf.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) blieb gegenüber Dr. Schreiber bei seiner Auffassung, daß die katholische Kirche das Privat recht auf die Schule für sich beanspruche.

Die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge wurden schließlich abgelehnt. § 1 Absatz 1 erhielt folgende Fassung: „Alle deutschen Volksschulen haben die gemeinsame Aufgabe, die schulpflichtige Jugend durch Unterricht auf der Grundlage des deutschen Kulturgutes im Geiste des deutschen Volkstums, der Volks- und Völkerverehrung zu körperlicher und geistiger Tüchtigkeit heranzubilden und sie in Unterstützung und Ergänzung der von den Eltern zu leistenden Erziehung (Art. 120 der Reichsverfassung) zu sittlich wertvollen Menschen und zu Staatsbürgern zu erziehen, die fähig und bereit sind, der deutschen Volksgemeinschaft zu dienen.“ — Der Hinweis auf Art. 120 geht auf den Antrag der Regierungsparteien zurück, die Erwähnung der Völkerverehrung auf einen angenehmen demokratischen Antrag.

Der bedingte Straferlaß

Im Strafrechtsauschuß wurde am Samstag des weiteren der bedingte Straferlaß beraten, der, wie der Berichterstatter Abg. Gampe (Wpt.) ausführte, bei Gefängnis- und Einschließungsstrafen bis zu sechs Monaten und bei Geldstrafen zulässig sei. Gegen das Gutachten von zwölf unter den dreizehn befragten preußischen Oberlandesgerichten wurde diese bedingte Begnadigung 1885 im Verordnungswege erstmalig geschaffen. Heute habe auch das Ausland sie fast ausnahmslos eingeführt. Der deutsche Entwurf will die Vergünstigung den Strafrichter ausprechen lassen und zwar im Gegensatz zu dem englisch-amerikanischen System, nach welchem ein Urteil überhaupt nicht ausgesprochen oder keine festsummierte Strafe genannt wird.

Abg. Landsberg (Soz.) beantragte, den Straferlaß nicht nur auf Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten zu beschränken, sondern auch die Richter zu unaufrichtigen Begründungen für niedrige Strafen.

Abg. Dr. Kahl (Dpnt.) erklärte, man könne die Grenze vielleicht auf ein Jahr heraufsetzen.

Abg. Barth (Dnt.) äußerte Bedenken gegen zu umfangreiche Bewilligung von Bewährungsfreiheit, weil dadurch die Furcht vor Strafe erlöschte. Der Redner verwies auf eine Eingabe des Verbandes Berliner Metallindustrieller. Reihenweise strackelten jetzt schon Angestellte mit 15—30 jähriger Dienstzeit.

Auch Abg. Hanemann (Dnt.) meinte, der Staat müsse hart bleiben.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Ppt.) glaubte eine Grenze für die Bewährungsfreiheit nicht entbehren zu können.

Der neue deutsche Botschafter für Washington, v. Brittwig und Gaffron, und seine Gemahlin verließen heute, Montag, Berlin um zunächst nach Rom zurückzukehren und die Übersiedelung nach Washington vorzubereiten.

Reichstagsabgeordneter Prälat Kaas hat sich infolge des Durchbruchs seines Magenemporems in Trier durch die Magenwand in der vergangenen Nacht einer Operation unterziehen müssen. Das Befinden des Kranken ist ernst, doch hoffen die Ärzte, falls keine Komplikation eintritt, den Kranken am Leben zu erhalten.

Der fliegende Holländer

Als Senta in Wagners balladischer Oper führte Lily Safgren ihre diesmalige Gastspiel weiter. In der großen Ballade des zweiten Aktes fühlte man dann auch tatsächlich die Seele des Dramas, hier ward in knapper Disposition das Wesentliche der romantischen Tragödie konzentriert. Aber schon der nächsten Szene, der Auseinandersetzung mit dem Jäger Eric, den übrigens Wilhelm Rentwig zu einer seiner besten Partien zählt, fehlte das opernhafte Übergende; bei der ersten Begegnung mit dem Holländer selbst, war von einer intensiveren Steigerung kaum mehr zu sprechen. Außerlich machte wohl die kräftige Stimme der Künstlerin aus der spannenen Situation eine wirkungsvolle Theaterinszene, altbewährte Routine stand jedoch zu deutlich vor dem elementaren Ausdruck von Leidenschaftlichkeit, wie ihm gerade die seltsame Erotik des Duets verlangt. Auch Josef Möhr blieb hier der zwingend vorausgesetzten Schicksalsverleugung ein wenig schuldig, weil es überhaupt seinem Holländer bislang noch an dämonischer Tragfähigkeit mangelt. Neben diesen für die Hauptdarstellung eigentlich entscheidenden Momenten bewährten sich in kleineren Rollen Magda Strad (Mar) und Karl Rauffütter (Steuermann), der jetzt erfreulicherweise zu den meistbeschäftigten Mitgliedern unserer Ensembles gehört. Aus dem leeren Quintettklang, mit dem Wagners „Holländer“ so naturalistisch einsetzt, holte Generalmusikdirektor Josef Kreis, wie schon immer, recht viel Musikalisches heraus; seiner höchst individuellen Nachschöpfung war nicht zum geringsten Teil die lebhafteste Anerkennung zu danken, die das Werk von Seiten eines stark besuchten Hauses fand.

Mannheimer Nationaltheater. Von Dr. Kurt Sommerfeld, dem augenblicklichen Dramaturgen des Oberhessischen Landestheaters in Weitzen, ist im 36. Bande der Gesellschaft für Theatergeschichte ein Buch über „Die Bühneneinrichtung des Mannheimer Nationaltheaters unter Dalbergs Leitung (1778—1803)“ erschienen. Das Buch verarbeitet ein außerordentlich großes Material, vergleicht die Theaterverhältnisse in der klassischen Zeit des Deutschen Theaters mit denen der modernen Bühne und stellt besonders die Regiefragen jener Epoche in Beziehung zu denen unserer Tage.

werden — in dem ja ebenso die bäuerlichen Brüder wie der Herzog aus- und eingehen —, um von Riberit sich schleunigst einen französischen Friseur aus Berlin bestellen zu lassen. Riberit bestellt natürlich statt dessen einen Boten des großen Königs. Eine Woche ist Zeit. Darin liegt die große Spannung des Stückes. Wird er rechtzeitig kommen, um den Abtransport der Verkauften zu verhindern, oder wird Riberit vergebens seinen Kopf gefahrten haben? Da Frank ein Schauspiel und keine Tragödie schreibt, so kommt der preußische Oberst natürlich noch in letzter Minute. Der König verbietet durch ihn den Verkauf und verbietet auch die Bestrafung Riberits. Auch das national-moralische Gleichgewicht wird durch ihn wiederhergestellt indem Faucitt, der als stolzer Sohn Albions die schmächtig-despotische Handlungsweise des Herzogs und seiner Kreatur gebührend verachtet, in ihm auch edle Deutsche kennenlernen muß, die seinem national-egoistischen Geschäftssinn sittlich überlegen sind. Riberit selbst aber schlägt Amt und Würden auch in Kreuzen aus und zieht mit seinen Brüdern nach Amerika, um als freier Mann auf freiem Grunde zu leben.

Dies der erhebende Inhalt des Stückes, das solchen niederen Zeitungsromanen in drei Akten auf die Bühne bringt, wobei wir uns nur fragen, warum dies gerade die badische Landeshöhne sein mußte. Felix Baumbach hatte sich selbst der Mühe unterzogen, dieses Nachwerk zu inszenieren. Er tat es sorgfältig und geschmackvoll. Wenn nach den einzelnen Akten und zum Schluß Weifall laut wurde, so war er verdient von dem Regisseur und den Einzeldarstellern. Ramentlich Stefan Dahlen als Riberit gab eine wohl abgewogene Leistung, die das Erstaunliche fertig brachte, die Gestalt mit feilschem Leben zu erfüllen und uns sympathisch zu machen. Kris Verz stellte der Zeichnung entsprechend einen brutalen Despoten vor, Ulrich von der Trend karikierte den Hofmarschall — Minister Kaas — von Trehsja. Paul Kuboff's Schutze zeigte den nichternen, steifen Engländer, und Paul Hierl erzeute als überlegener kraftvoller preußischer Oberst. Silbe Wiler machte aus ihrer Rolle der Gräfin Spangenberg das Mögliche. Auch die beiden Bauernbrüder Riberits fanden durch Hermann Brand und Wilhelm Graf entsprechende Gestaltung.

Eine gute Aufführung eines schlechten Stückes! Karl Holl.

Die Länderkonferenz erst im Januar 1928. Zu der angeführten Konferenz zwischen der Reichsregierung und den Regierungen der Länder, in der das grundsätzliche Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern erörtert werden soll, weiß der „Dem. Tagesdienst“ mitzuteilen, daß mit der Anberaumung dieser Konferenz vor Januar nächsten Jahres nicht zu rechnen sei. Die für diese Besprechung erforderlichen Vorbereitungen der Reichsregierung befanden sich noch im Anfangsstadium.

Verhaftung des Geschäftsführers der „Menschheit“. Wie bekannt, sind wiederholt in der Zeitschrift „Die Menschheit“ Artikel erschienen die den Verdacht des Landesberrats begründen. Gegen die für das Erscheinen des Artikels verantwortlichen Personen, Schriftsteller Mertens, Prof. Förster und Geschäftsführer Rüdiger, schwebt deshalb seit längerer Zeit ein Strafverfahren. Rüdiger, gegen den allein bisher ein Zugriff der deutschen Gerichtsbehörde möglich war, ist nunmehr verhaftet worden.

Kurze Nachrichten

Georg Bernhard Spitzenkandidat. Auf dem Parteitag der demokratischen Partei für den Wahlkreis Potsdam 1 wurde Chefredakteur Georg Bernhard einstimmig als demokratischer Spitzenkandidat für den Reichstagswahlkreis Potsdam 1 aufgestellt.

Die Statistik der Gastwirtschaften. Die Statistik der Gastwirtschaften, die gelegentlich der Betriebszählung 1925 aufgenommen, jetzt veröffentlicht wird, zeigt, daß in Deutschland die Zahl der Betriebe 255 918 beträgt. In ihnen sind 716 096 Personen oder 1,14 Proz. der Gesamtbevölkerung beschäftigt. Je ein Betrieb kommt auf 543,8 Personen. In Baden sind 9903 Betriebe festgesetzt mit 29 956 Angestellten.

Internationale Konferenz für den freien Handel. Die auf den heutigen Montag nachmittag in Genf anberaumte letzte Sitzung der internationalen Konferenz zur Abschaffung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und -verbote wird der endgültigen Vereinerung und Annahme der Konvention gewidmet sein. Die Schlußsitzung der Konferenz ist für Dienstag vorgesehen.

Einweihung eines deutschen Gedenksteines in Bern. Im Beisein zahlreicher Angehöriger der Berner deutschen Kolonie fand am Sonntag nachmittag auf dem von der Stadt überlassenen Platz des Friedhofes Bremgarten die Übergabe eines von der Kolonie gestifteten Gedenksteines zu Ehren der in Bern verstorbenen deutschen Internierten statt. Der deutsche Gesandte, Dr. Müller, legte im Namen des Reiches einen Lorbeerzweig mit den Reichsfarben nieder.

Wiederherstellung des Denkmals Friedrichs des Großen in Washington. Wie die Associated Press aus Washington berichtet, erwägt das Kriegsdepartement die Wiederherstellung der Statue Friedrichs des Großen vor der Kriegsakademie. Das Denkmal war kurz vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten zum Schutze gegen Vandalismus in einem Keller untergebracht worden. Kriegsfeldmarschall Davis bemerkt, daß gegen die Wiederherstellung kein Grund vorliege.

Ein Sieg Jeng-Juhsiangs wird zur Abwechslung aus China gemeldet. Er hat die Stadt Kwiß eingenommen und 10 000 Gefangene gemacht.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. W. Mannheim, 6. Nov. Samstag nachmittag starb in Ludwigshafen der bekannte Bassler Komponist und Musiker Karl Zutterer. Er war Professor an der Hochschule für Musik in Mannheim-Ludwigshafen.

D. B. Offenburg, 6. Nov. Bei der heutigen Wahl zur Ortskrankenkasse Offenburg-Stadt wurden für die Liste der Christlichen Gewerkschaften 849 und für die der freien Gewerkschaften und freien Angestelltenverbände 836 Stimmen abgegeben. Auf jede Liste entfielen 15 Vertreter. Bis her waren es 16 und 14. Die Wahlbeteiligung betrug 30 Prozent.

D. B. Freiburg i. Br., 5. Nov. Hier vollendet heute der Kreisobstbauinspektor Rogin sein 75. Lebensjahr. Ihm gebührt das Verdienst, den Obstbau im Kreise Freiburg auf eine beachtenswerte Höhe gebracht zu haben. Besonders die Abhaltung von Obstbaukursen hat er jederzeit eifrig gefördert.

W. W. Fribingen, 7. Nov. Das Schwurgericht hat den Frauenarzt Dr. med. Hermann Groß in Neuenbürg wegen gewerbsmäßiger Abtreibung und anderer damit zusammenhängender Vergehen zu 2½ Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Von der Anklage der Notzucht wurde der Arzt freigesprochen.

Verschiedenes

Könnedes Indienflug

Der deutsche Flieger Könneke und sein Begleiter mußten in der Nähe von Mahabab eine Notlandung vornehmen. Das Flugzeug wurde am Steuer beschädigt.

Die Überschwemmungskatastrophe in Nordamerika

W. W. New York, 7. Nov. (Tel.) Die Zahl der Opfer der Überschwemmungskatastrophe in den Neuenlandstaaten wird auf etwa 125 geschätzt, der Sachschaden auf über 50 Millionen Dollars. Jedoch muß angenommen werden, daß die genaueren Feststellungen eine höhere Zahl von Todesfällen ergeben. Wenige ein halbes Hundert Städte sind zum Teil zerstört, und es besteht die Gefahr, daß sie noch für geraume Zeit von der Verbindung mit dem übrigen Land abgeschnitten bleiben. Im Laufe des Sonntags haben Heeresflugzeuge geschwaderweise das ganze Überschwemmungsgebiet abgefleht. Nach ihren Meldungen zeigt sich, daß zwar die Flüsse allmählich in ihr Bett zurückzutreten beginnen, daß aber immer noch viele Städte und Dörfer isoliert sind.

Während in den höher gelegenen Teilen des Überschwemmungsgebietes eine Besserung zu verzeichnen ist, sind jetzt die an den unteren Flußläufen gelegenen Ortschaften teilweise bedroht, namentlich Hartford (Connecticut).

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluß der aus Nordwesten eintreffenden Polarluft hatten wir gestern kühleres, meist wolloses und zeitweise böiges Wetter. In den nördlichen Landesteilen kam es vereinzelt auch zu Regen. Heute morgen hat ein Ausläufer des über der Nordsee liegenden Wirbels einen schmalen Streifen Warmluft vom Mittelmeer entlang dem Westhang der Alpen zu uns herangeholt, und vorübergehende Erwärmung gebracht. Gleichzeitig frischte der Wind auch in der Ebene vielfach zu erheblicher Stärke an, auf dem Hochschwarzwald zum Orkan. In Nordbaden regnet es. Von der Rückseite des nördlichen Tiefdruckgebietes strömt Polarluft stellenweise nach Mitteleuropa, so daß wir mit kühler, unbeständiger Witterung rechnen müssen. Insbesondere sind im Hochschwarzwald Schneefälle zu erwarten. Wetterausichten für Dienstag, den 8. November: Kühl, Durchzug weiterer Regenböen aus West bis Nordwest, Hochschwarzwald Schneefall.

Badischer Teil

Die neuen Landesarbeitsämter

Der Sitz des gemeinschaftlichen Landesarbeitsamtes für Württemberg, Baden und Hohenzollern wird, wie gemeldet, nach Stuttgart kommen. Die 18 Landesarbeitsämter werden in folgenden Orten errichtet: für Ostpreußen in Königsberg, für Schlesien in Breslau, für Berlin-Brandenburg in Berlin, für Kommern in Stettin, für die Nordmark in Hamburg, für Niedersachsen in Hannover, für Westfalen in Dortmund, für das Rheinland in Köln, für Hessen in Frankfurt, für Mitteldeutschland in Erfurt, für Sachsen in Dresden, für Südwestdeutschland (Baden, Württemberg, Hohenzollern) in Stuttgart.

Die „Hafra-Ausstellung“ in Freiburg

In der Aula der städtischen Gewerbeschule in Freiburg fand die Eröffnung der vom 5. bis 8. November stattfindenden Ausstellung der „Hafra“ über das Projekt der Autostraße Gansstädte-Frankfurt-Basel statt.

Oberbürgermeister Dr. Bender führte u. a. aus, daß die Stadt Freiburg sich in enger Zusammenarbeit mit der Hafra bemüht habe, durch die Ausstellung der Öffentlichkeit die Bedeutung des Projektes klar vor Augen zu führen. Es gehe viel Mut und Vertrauen in die deutsche Zukunft dazu, um einem derartig gewaltigen Projekte nach einem verlorenen Kriege näherzutreten. Dann sprach Oberbürgermeister Hiera, Karlsruhe, ausführlich über das Projekt. Italien habe schon seit drei Jahren in der oberitalienischen Tiefebene eine gut ausgebauten Autostraße, deren Verlängerung bis Genua geplant sei, so daß nach Ausführung der in Aussicht genommenen Nord-Südtrasse, deren Länge auf deutschem Boden 881 Kilometer betrage, eine direkte Verbindung der Gansstädte Hamburg-Lübeck und Bremen, sowie der Städte Frankfurt und Basel mit Genua und so mit dem Mitteländischen Meer hergestellt werde. Die Hafra habe sich als Studiengesellschaft das Ziel gesetzt, die Ausführungsmöglichkeiten zu prüfen und den Bau der Straße vorzubereiten. Geheimrat Dege und Oberbaudirektor Harmann, Freiburg, gaben nähere technische Ausführungen. Letzterer verbreitete sich über die badische Teilstrecke der Straße und hob u. a. auch hervor, daß diese etwa acht Kilometer westlich von Freiburg nach Basel entlang ziehen und mit Freiburg durch Zubringerstraßen verbunden würde.

Der Rheinfluß bei Rembs

Wie berichtet wird, sollen die Ratifikationsurkunden für das schweizerisch-französische Abkommen über die Bestimmungen des Rheinflusses bei Rembs demnächst ausgeliefert werden. Der Chef des Politischen Departements sei vom schweizerischen Bundesrat hierzu ermächtigt worden.

Vergewaltigung Schwarzwald

In Karlsruhe fand am Sonntag die Landesversammlung der Vergewaltigung Schwarzwald, bei der 16 Ortsgruppen vertreten waren, statt. Die Leitung lag in den Händen des Vorsitzenden, Direktor Dr. Hausrat, Freiburg. Nach einem Rückblick über die Tätigkeit der Vergewaltigung Schwarzwald in abgelaufenen Jahre berichtete der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe über die Vergewaltigung in Nürnberg, die insofern besonders erfreulich gewesen sei als auf ihr Kennzeichen von einem Reichszuschuß von 10 000 M an die Vergewaltigung gegeben werden konnte. Aber die demnächst erscheinende Verordnung zum Schutz der Pflanzen und Tiere in Baden sprach Regierungsrat Dr. Mal. Die Verordnung bringe eine Vereinfachung des bisher nur bezirksweise geregelten Naturgesetzes und stelle somit einen erfreulichen Fortschritt dar. Der Redner begrüßte nach eingehender Würdigung der Verordnung das große Interesse, das die Vergewaltigung dem Naturschutzgedanken entgegenbringe und ist dankbar für ihre Mitwirkung bei der Durchführung der Verordnung. Als Vorstand wurde der bisherige wiedergewählt: Direktor Dr. Hausrat, Freiburg, als Vorsitzender, A. Schulz, Freiburg, als Schriftführer, P. Herrmann, Freiburg, als Redner und R. Schmidt, Freiburg, als Materialienverwalter. Die nächste Landesversammlung findet in Freiburg statt.

Lohnbewegungen in Baden

Der Lohnstreit im Tabakgewerbe. Die Tabakarbeiter der Offenburger Betriebe haben nunmehr ebenfalls ihre Kündigung vom 16. November erhalten. Auch den Tabakarbeitern der umliegenden Ortschaften soll, soweit sie in Zigarettenfabriken beschäftigt sind, die Kündigung ausgesprochen worden sein.

Aus der Landeshauptstadt

Dem Gedächtnis Hans Thomas

Die Stadt Karlsruhe hat ihrem Ehrenbürger Hans Thoma auf seiner Ruhestätte auf dem Friedhof ein Denkmal errichtet, das Sonntag mit einem Gedächtnisakt für den Künstler der Öffentlichkeit übergeben wurde. Schlicht, wie das Leben des großen Meisters, war die Feier, schlicht ist auch das Grabmal selbst, das, nach dem Entwurf des Architekten Dipl.-Ing. Adolf Müller angefertigt, aus einem nach oben sich verbreiternden Obelisk besteht, der an der Front nur das kleinste Zeichen des Meisters trägt, am Sockel zwei Putten trägt und als Krönung nach einer Spitze des Verewigten einen Mosfieträger mit aufgenemtem Kreuz, während eine Platte am Fuße die Inschrift zeigt.

Unter den zahlreichen Ehrengästen bemerkte man als Vertreter der Regierung den Kultusminister Leers sowie Gesch. Oberbürgermeister Schürer, Oberbürgermeister Dr. Hinterhuber, sämtliche Bürgermeister der Stadt, zahlreiche Stadträte und Stadtverordnete usw. Nach einem einleitenden Choral der „Viederhalle“, deren Ehrenmitglied der Verewigte war, hielt Oberbürgermeister Dr. Hinterhuber die Weisrede, in der er Hans Thomas Wesen als Künstler und Menschen zeichnete, dessen Wirken als Kunstgenie unsterblich geworden sei, sowohl als Kämpfer der Schönheiten des Heimatlandes wie als Darsteller der Empfindungen einer künstlerisch reinen Gemütsseele, eines echten Vertreters der Volkskunst. Karlsruhe nenne ihn mit Stolz den Feigen und habe ihm aus diesem Gedanken heraus das Denkmal gesetzt, das er jetzt der Familie des Meisters in treue Obhut übergebe, dem deutschen Volke aber als Wahrzeichen echter deutscher Kunst. Der Schwiegerohn des verewigten Malerfürsten, Erster Staatsanwalt Dr. F. Weisler, übernahm namens der Verwandten des Meisters darauf das Denkmal mit herzlichen Dankworten von der Stadt, die auch hier wieder bezeuge, wie sie fördernd und anerkennend der Kunst zur Seite stehe. Er dankte dann den Künstlern, die an dem Denkmal mitgewirkt, und der „Viederhalle“, die ihrem Ehrenmitglied auch heute wieder ihre tiefe Dankbarkeit bekunde.

Kultusminister Leers legte sodann am Grabmal namens der badischen Regierung sowie des gesamten badischen Volkes einen Kranz nieder als Zeichen der Verehrung für den Genius des teuren Meisters.

Mit einem ergreifenden Lied „Mein muß das Herz des Künstlers sein“ der „Viederhalle“, schloß die schlichte und darum um so eindrucksvollere Feier.

Wohltätigkeitsveranstaltung des Frauenvereins

Der Badische Frauenverein vom Roten Kreuz, Zweigverein Karlsruhe, veranstaltete am Samstag und Sonntag in den Räumen der „Eintracht“ ein Wohltätigkeitsfest. Der Ertrag des Festes ist bestimmt für die Errichtung eines Erholungsheimes für Damen des Mittelstandes. Das Haus soll mitten im Schwarzwald erbaut werden. Infolgedessen trug die Veranstaltung den Charakter eines dörflichen Festes. Eine ausgezeichnete Regie hatte dafür gesorgt, daß sowohl die Vorführungen auf der Bühne wie die spätere Bewirtung der Gäste in überaus anregender, befruchtender Weise verliefen. Alle die Mitglieder des Frauenvereins, die dabei mitgeholfen haben, verdienen lebhaften und herzlichen Dank. Der Besuch war recht gut, so daß wohl mit einem ganz hübschen finanziellen Resultat gerechnet werden kann. Die Darbietungen auf der Bühne umfaßten Tänze, Gesänge und Spiele. Besonders erwähnt seien der Trachtentanz und das Singspiel „Gänselesel“. Mit einer einzigen Ausnahme (der der Fräulein Genter vom Landestheater) waren sämtliche Mitwirkende Dilettanten. Die Leistungen einzelner von ihnen waren aber so, daß sie auch einer künstlerischen Kritik standhalten konnten. So gefiel vor allem Fräulein Krugmaier als „Gänselesel“. In ihrem Spiel offenbarte sich eine ganz ursprüngliche, im Herzen verankerte schauspielerische Begabung. Ihr Gesang zeugte von Geschmack und Gefühl, die junge Dame hat offenbar eine gute Schulung genossen. Den Schluß des Festes bildete der Tanz, an dem sich Jung und Alt beteiligte. Im ganzen eine wohlgelungene Veranstaltung, auf welche der Frauenverein und seine Gäste mit Genugtuung und Freude zurückblicken werden.

Eröffnung der Ausstellung „Unsere Heimat“

Samstag nachmittag vier Uhr wurde im Badischen Landesgewerbeamt die vom Turistenverein „Die Naturfreunde“, Gau Baden, veranstaltete Ausstellung „Unsere Heimat“ durch einen Vortrag einer Männergesangsgruppe eröffnet.

Hauptlehrer und beratendes Mitglied des Vereins „Die Naturfreunde“, Falter, Freiburg, wies in einer ausführlichen Darstellung auf die Arbeit und die bisherigen Erfolge des Vereins hin. Von dem Plan des Baues eines vereins-eigenen Unterkunftsraumes auf dem Feldberg und der gut besuchten Tagung in Schwellingen ausgehend, betonte der Redner die bedeutenden sozialen und hygienischen Vorteile der Heimataufenthalte und wies auf das lebendige Erleben der Natur hin, sowie auf die auf diesem Gedanken aufgebauten Einzelheiten der Ausstellung. Sodann begrüßte der Referent unter den erschienenen Gästen insbesondere Minister Dr. Kemmelte, Reichstagsabgeordneter Schöfflin, die Vertreter des Stadtrats Karlsruhe, den Direktor des Landesgewerbeamtes, sowie die Vertreter des Stadtschulamts und diejenigen der Arbeitervereine und des Schwarzwaldvereins. Ein Rundgang durch die Ausstellung beschloß die Eröffnungsfest. Die Ausstellung zeigt als Werkstätte für den Heimatgedanken ein außerordentlich anschauliches Material.

Die koloniale Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe veranstaltete am 4. d. M. im Stadt. Konzerthaus einen Kolonialabend. Das Haus war fast voll besetzt; auch die Studentenschaft war zahlreich vertreten. Die Polizeikapelle, unter der persönlichen Leitung von Obermusikmeister Reiff, eröffnete den Abend mit dem Afrikanischen „Tutuata“. Darauf ergriß der Benediktinermissionar, Pater Wächter, das Wort. Dieser Abend sei eine Erinnerungsfeier an die große und ruhmreiche Schlacht von Tanga am 4. November 1914. Besonders solle man der Toten gedenken, die dort unter den Palmen begraben sind. Ferner gedachte der Redner dem Untergange des Kreuzers „Karlsruhe“. Doch nur scheinbar sei all die viele Arbeit, Mühe und der Kampf erfolglos gewesen. Nachdem das deutsche Volk seine Waffen in Pfähle umgearbeitet habe, seien deutsche Männer und Frauen ob ihres Fleißes wieder in der ganzen Welt gerne gesehen. — Als dann berichtete der vielgereiste Vater von einigen Auswandererlebnissen. Er verschwieg auch nicht Schattenseiten des Auswanderertums und warnte vor übereiltem Handeln. Mit Worten der festen Zuversicht an Deutschlands Wiederaufstieg, schloß der Missionar seine Ausführungen, welche großen Beifall fanden. — Das nachfolgende Musikstück „Kapenda See“ (Abschiedslied der ostafrikanischen Regter), sowie die von Frau Erna Hammer vorgetragenen Gedichte „Ostafrika“, das zweite Vaterland, und „Kalahari“ fanden lebhaften Anklang. — Zum Schluß wurde der von Hans Dietrich von Trotha aufgenommene Film „Das Sonnenland Südwestafrika“ gezeigt. Die für dieses Land typischen Bilderreihen zeigten allen Anwesenden deutlich, was uns mit unseren Kolonien genommen wurde. Die Kapelle begleitete die Filmvorführung mit verschiedenen Musikstücken. Dann folgte der Schlußmarsch: „In die weite Welt“. — F. W.

Bad. Landestheater. Heute, Montag, findet in der städt. Festhalle das II. Volks-Sinfonie-Konzert des badischen Landestheaterorchesters unter der Leitung von Kapellmeister Rudolf Schwarz statt. Solist: Ottomar Voligt (Violine). Es gelangen Werke von Goldmark, Mendelssohn, Brahms und eine Uraufführung von R. A. Serd zur Aufführung. Dienstag, den 8. November, findet eine Wiederholung von d'Alberts Oper „Tiefland“ statt, mit Willy Hagren in der Rolle der „Martha“. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Generalmusikdirektor Josef Krips. Szenische Leitung: Dr. Hermann Wucherpfennig. Donnerstag, den 10. November, geht Emetanos Oper „Die verkaufte Braut“ zum drittenmal in der so erfolgreichen Neueinstudierung in Szene. Musikalische Leitung: Generalmusikdirektor Josef Krips. Szenische Leitung: Oberregisseur Otto Krauß. Nach einer mehr als 16jährigen Pause gelang Sonntag, den 13. November in vollständiger Neueinstudierung Saint-Saens' große Oper „Samion und Dalila“ zur Aufführung. In Szene gesetzt von Oberregisseur Otto Krauß wird das Werk musikalisch von Kapellmeister Rudolf Schwarz geleitet.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. Nov.		6. Nov.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.75	168.09	168.69	169.03
Kopenhagen 100 Kr.	112.19	112.41	112.14	112.36
Italien . . 100 L.	22.865	22.905	22.86	22.90
London . . 1 Pf.	20.381	20.421	20.377	20.417
New York . 1 D.	4.1855	4.1935	4.1845	4.1925
Paris . . 100 Fr.	16.425	16.465	16.415	16.455
Schweiz . . 100 Fr.	80.70	80.86	80.68	80.84
Wien 100 Schilling	59.09	59.21	59.06	59.18
Prag . . 100 Kr.	12.405	12.425	12.40	12.42

Die amtliche Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 2. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes war mit 139,3 gegenüber der Vormoche (139,4) nahezu unverändert. — Im Monatsdurchschnitt Oktober stellte sich die Gesamtindexziffer auf 139,8 gegenüber 139,7 im Durchschnitt September. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer der Agrarstoffe um 0,9 Proz. auf 137,1 (138,9) zurückgegangen.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Achern. 2.857 Handelsregister: Firma Gesellschaft für Holzwarenherstellung mit beschränkter Haftung, Achern i. B.: Die Vertretungsbefugnis des Berthold Cutibel (senior), Privat in Achern, ist beendigt. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 25. Oktober 1927 aufgelöst. Liquidatoren sind: Hugo Cutibel, Kaufmann, und Walter Cutibel, Kaufmann, beide in Achern. Jeder ist einzeln zur Vertretung der Liquidationsfirma ermächtigt. Achern, den 29. Oktober 1927. **Amtsgericht.**

Adelsheim. 2.841. In Handelsregister A wurde zu D.-R. 17, Firma E. Hubert & Co., Adelsheim, eingetragen: Die Firma ist in „Otto Hubert & Co.“ geändert. Jeglicher Inhaber ist Otto Hubert, Kaufmann in Adelsheim. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen u. Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Otto Hubert ausgeführt. Adelsheim, den 22. 10. 27. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Freiburg. 2.848. A. Vd. VIII D.-R. 121: Firma Fritz Feibel, Freiburg, ist erloschen. Am 17. Oktober 1927.

A. Vd. IX D.-R. 306: Firma Maria Mory, Freiburg, Inhaberin ist Frau Maria Mory, geb. Haag, Freiburg, am 17. Oktober 1927.

A. Vd. IX D.-R. 307: Schokoladenhaus Maier, Inh. Verta Maier, Freiburg, Inhaberin ist Frau Verta Maier, geb. Haber, Freiburg, am 21. Oktober 1927.

C. Vd. V D.-R. 115, Firma Oskar Levi & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 14. September 1927 ist die Gesellschaft aufgelöst worden. Die bisherigen Geschäftsführer Oskar Levi u. Carl Levi, beide Kaufleute in Basel, sind Liquidatoren. Am 13. Oktober 1927.

Vd. B VI D.-R. 4. C. G. Burgbacher, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, bisher in Peterzell hat den Sitz nach Freiburg verlegt. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Betrieb chemisch-technischer Erzeugnisse und Handel in Chemikalien jeder Art. Die Gesellschaft ist berechtigt, ähnliche Unternehmungen zu erwerben oder sich an ihnen zu beteiligen. Stammkapital 6.000 Reichsmark. Geschäftsführer ist Berthold Fischer, Kaufmann in Freiburg. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. Oktober 1923 festgestellt und durch Gesellschaftsbeschluss v. 10. Mai 1927 geändert. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch einen Geschäftsführer vertreten. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die Freiburger Zeitung. Am 13. Oktober 1927.

B. Vd. IV D.-R. 16, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 2. September 1927 ist der Gesellschaftsvertrag geändert. Ist nur ein Geschäftsführer vor-

handen, so vertritt er allein die Gesellschaft. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch je zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Hermann Gelmacher ist infolge Ablebens als Geschäftsführer ausgeschieden. Dipl. rer. pol. Hans von Dahn in Freiburg ist als Geschäftsführer bestellt worden. Am 17. Okt. 1927. Gemäß § 31 Abs. 2 S. 1 G.-B. wurden von Amts wegen gelöst:

B. Band III D.-R. 41, Firma Emil Konrad, G.m.b.H. in Freiburg.

B. Band III D.-R. 95, Firma Markus Drzewina, G.m.b.H. in Freiburg.

B. Band IV D.-R. 52, Süddeutsche Elektrizitätsgesellschaft m.b.H. in Freiburg: Am 19. Okt. 1927. B. Band III D.-R. 28: Firma Gebr. Keller Nachf., Aktiengesellschaft in Freiburg, hat durch Generalversammlungsbeschluss v. 16. August 1927 den Gesellschaftsvertrag geändert. Georg Weinlich u. Gustav Emil Hammer sind als Vorstandsmitglieder ausgeschieden; neu bestellt sind als solche Direktor Paul Ehrenberg und Direktor Ernst Schuenemann beide in Frankfurt a. M. Die Prokura des Samson Moos ist erloschen. Am 21. Oktober 1927.

Heidelberg. 2.856 Handelsregister A. Vd. II D.-R. 259: Die Firma W. Kärle Nachf. Florian Kärle in Heidelberg ist erloschen.

D.-R. 268 zur Firma Langner & Stähle in Heidelberg: An Stelle des verstorbenen Gesellschafters Oskar Langner sind dessen Erben als persönlich haftende Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten. Es sind dies: Oskar Langner Witwe, Frieda geb. Wähler, in Heidelberg, Ernst Langner, Kaufmann in Hörde, Fritz Langner, Blechener in Heidelberg, Elfe Langner, ledig in Heidelberg, Oskar Langner, geb. am 31. Juli 1913, in Heidelberg und Bertha Langner, geb. am 24. Juni 1915, in Heidelberg. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Gesellschafter Andreas Stähle berechtigt.

D.-R. 282 zur Firma Gebrüder Wähler in Heidelberg: dem Kaufmann Josef Wähler in Heidelberg ist Einzelprokura erteilt.

Band III D.-R. 291: Die Firma Reinhard & Co. in Dossenheim ist erloschen.

Band V D.-R. 198: Die Firma Geiß & Co. in St. Ilgen ist erloschen.

D.-R. 341: Die Fabrik Otto Schäfer, Spezialfettfabrik in Heidelberg, ist erloschen.

Band VI D.-R. 132: Firma Käthe Schäfer, Fabrik für naturgemäße Frauenunterkleidung, in Heidelberg, Inhaberin Käthe Schäfer, Geschäftsinhaberin in Reda-ge-münd. Dem Kaufmann Otto Schäfer in Reda-ge-münd ist Prokura erteilt.

Abt. B Band II D.-R. 109: Firma Badische Schrauben- und Nietens-fabrik, Aktiengesellschaft in Heidelberg: Nach dem Beschluss der Generalversammlung vom 29. April 1927 soll das Grundkapital um 40.000 M herabgesetzt werden.

Band III D.-R. 115 zur Firma Redarwerk Gesell-

schaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Durch Beschluss des alleinigen Gesellschafters vom 26. Oktober 1927 ist die Gesellschaft aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Bulf Schwerdtfeger ist Liquidator.

Band IV D.-R. 21 zur Firma Titania-Präparate Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen.

Heidelberg, den 27. Oktober 1927. **Amtsgericht B 2.**

Karlsruhe. 2.889 Handelsregister: 1. Koch & Krennler, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Stuttgart-Cannstatt verlegt. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. Oktober 1927 ist das Stammkapital um 10.000 M auf 30.000 M erhöht worden. Durch denselben Beschluss ist der Gesellschaftsvertrag in § 1 (Sitz) und in § 5 (Stammkapital) geändert. Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Otto Koch ist beendet. 3. 11. 1927.

2. Dyalograph-Kompagnie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Zweigniederlassung Karlsruhe, Hauptst. Berlin. Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers W. H. Schapiro ist beendet. 3. 11. 27.

3. Weinhandels- und Präparatverarbeitungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe (Kaiser-Allee 15). Gegenstand des Unternehmens: der Handel mit Wein und Fruchtweinen, sowie die Verarbeitung von Früchten zu Getränken und der Betrieb dieser Erzeugnisse. Stammkapital: 20.000 M. Geschäftsführer: Max Manasse, Direktor, Karlsruhe. Prokura: Der Frau Toni Manasse geborene Stern und dem Ludwig Wegel, beide in Karlsruhe, ist Gesamtprokura in der Weise erteilt, daß jeder in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Firma berechtigt ist. Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. Oktober 1927 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Der Geschäftsführer Max Manasse ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. 5. 11. 27. **Badisches Amtsgericht.**

Karlsruhe. 2.870 Handelsregister: 1. Gustav Spitzmann, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Gustav Spitzmann, Kaufmann, Karlsruhe. (Handel von Baden, Farbwaren und chem.-techn. Produkten und teilweise auch Herstellung der letzteren. Vochstraße 48.) 29. 10. 1927.

2. Geschwister Ball, Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Juli 1927. Persönlich haftende Gesellschafter: Karoline Ball, Karlsruhe, Dahlia geb. Ball, Ehefrau des Gärtners Hans Herrmann, ebenda. (Blumengeschäft, Kaiserstraße 201.) 3. 11. 1927. **Badisches Amtsgericht.**

Kehl. 2.855 Handelsregister: Firma Fr. Grindler, Zigarrenfabriken, Aktiengesellschaft in Kehl: In der Generalversammlung vom 27. August 1927 wurde die Herabsetzung des Grundkapitals auf 50.000 M und die Wiedererhöhung bis zu 110.000 M beschlossen. Kehl, 27. Oktober 1927. **Bad. Amtsgericht.**

Konstanz. 2.851 Handelsregister A. Vd. V D.-R. 128: Rudolf Bayer, Chemische Fabrik in Konstanz. Inhaber ist Rudolf Bayer, Fabrikant in Berlin. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation und Großhandel chemisch-pharmazeutischer Präparate. 17. 10. 1927.

A. Band III D.-R. 163, Johann Huber, Wein-Einkaufsgeschäft, Reichenau: Die Firma ist erloschen. 20. 10. 1927.

A. Band IV D.-R. 96, Industrie-Gesellschaft Müller & Gut in Konstanz: Die Firma ist erloschen. 20. 10. 1927.

A. Band IV D.-R. 116, Gustav Weber, Zigarrenfabrik in Konstanz: Die Firma ist erloschen. 20. 10. 1927.

A. Band V D.-R. 104, Bücherstube am See Willy Hüters & Fritz Scheffel in Konstanz: Willy Hüters ist als persönlich haftender Gesellschafter ausgeschieden; die offene Handelsgesellschaft ist dadurch mit Wirkung vom 15. September 1927 aufgelöst. Die Firma wurde geändert in: Bücherstube am See, Fritz Scheffel. 21. 9. 1927.

A. Band IV D.-R. 101, Alfred Mayer, vorm. S. Rawlidi, Konstanz: Die Firma ist erloschen. 22. 10. 1927.

A. Band V D.-R. 15, Konstanzer Manufaktur W. Thran & Co., Konstanz: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. 28. 10. 1927.

A. Band V D.-R. 95, Max Nibler, Immobilien- u. Verleihen in Konstanz: Die Firma ist erloschen. 28. 10. 1927. **Bad. Amtsgericht, A I, Konstanz.**

Lahr. 2.842 Handelsregister Lahr A II D.-R. 215, Firma Alfred Krämer in Oberschoppeim. Inhaber Alfred Krämer, Zigarrenfabrikant in Oberschoppeim. Lahr, 24. 10. 1927. **Amtsgericht.**

Mannheim. 2.846 Handelsregister: a) vom 28. Okt. 1927: Lloyd-Reisebüro Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Dem Heinrich Buchmann in Mannheim ist Prokura erteilt, daß er gemeinsam mit einem Geschäftsführer zur Zeichnung der Firma berechtigt ist.

Rhein-Hansa Transport-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim.

Wollen Sie
die badischen Behörden auf Ihre Firma aufmerksam machen?
Dann veröffentlichen Sie Ihre Anzeigen in der
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger
denn sie gelangt als offizielles Organ der badischen Regierung, in alle staatlichen und kommunalen Ämter des badischen Landes
Sie werden gewiß mit dem Erfolg zufrieden sein

Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Beschluss der Gesellschaftsversammlung vom 24. Oktober 1927 in § 2 Satz 1 geändert. Der Gegenstand des Unternehmens ist jetzt: die Ausführung von Speditionsgeschäften aller Art und von mit der Spedition zusammenhängenden Kommissionsgeschäften.

b) vom 29. Okt. 1927: Theodor Stemmer, Mannheim, Zweigniederlassung, Sitz: Darmstadt. Offene Handelsgesellschaft seit 1. Januar 1922. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Theodor Stemmer und Hermann Stemmer, beide Kaufleute, Darmstadt.

Meyer & Kerner in Liquidation, Mannheim. Der Gesellschafter und Liquidator Kaufmann Johann Kerner in Mannheim ist durch Tod ausgeschieden; an dessen Stelle ist sein Sohn Kaufmann Georg Kerner in Mannheim als Gesellschafter und Liquidator eingetreten. Er ist allein zur Vertretung der in Liquidation befindlichen Gesellschaft berechtigt.

Richard Julius Kaufmann, Mannheim. Der bisherigen Gesamtprokurist Elly Koch in Mannheim ist Einzelprokura erteilt. Die Prokura des

Richard Hört ist erloschen. Heinrich Grünhut, Mannheim. Die Firma ist erloschen. Heinrich Ulbig, Mannheim. Die Firma ist erloschen. **Amtsgericht Mannheim F. O. 4.**

Offenburg. 2.854 Handelsregister: Abt. A Band I D.-R. 104, Fr. Wilh. Stamm Ortenauer Weinversandgeschäft in Zell-Weierbach: Die Firma wird von Amts wegen gelöst. D.-R. 317, Firma Boos & Dahn Plattenfabrik-Emailerwerk in Ortenberg: Kaufmann Karl Berger in Offenburg ist Einzelprokura erteilt. Abt. B Band I D.-R. 5, Singentinerverein Aktiengesellschaft in Offenburg: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 21. Juni 1923 wurde § 26 des Statuts (Auflösung der Gesellschaft) geändert. D.-R. 36, Firma Marga Maschinen- und Apparate-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Offenburg: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators ist beendet. Die Firma erloschen. D.-R. 65, Firma Oberheinische Dampf- und Hebelwerke A.-G. in Offenburg: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 11. Juni

1927 wurde § 1 des Gesellschaftsvertrags (Geschäftsjahr) geändert. Offenburg, den 26. Oktober 1927. **Bad. Amtsgericht.**

Säckingen. 2.852 Handelsregister: Eintrag von heute zur Firma O. Weber & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Säckingen: Die Liquidation ist beendet, die Firma ist erloschen. Säckingen, den 28. Oktober 1927. **Amtsgericht.**

Schweizingen. 2.839 Handelsregister: Eintrag Abt. A Band II unter D.-R. 130 - Hart & Hertel in Schweizingen - Dem Kaufmann Josef Ludwig Hahn in Schweizingen ist Prokura erteilt. Schweizingen, den 10. 10. 1927. **Bad. Amtsgericht I.**

Schweizingen. 2.859 Handelsregister: Eintrag Abt. A Band III zu D.-R. 26: Jakob Wackerle in Schweizingen. Jeglicher Inhaber ist Eugen Wackerle, Kaufmann in Schweizingen. Schweizingen, den 2. November 1927. **Bad. Amtsgericht I.**



Badisches Landestheater
Dienstag, 8. November 1927
* A 8 Fh-Gem. 1401-1550
Tiefand
von d'Albert
Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz
In Szene gesetzt von
Dr. Herm. Bucherpfennig
Georgiano Hübr
Tommaso Dr. Bucherpfennig
Moruccio Löfer
Martha Billy Hagren a. G.
Bepa Seibelich
Antonia Hermsdorff
Rosalia Wufch
Nuri Wank
Reddo Witt
Ruedo Lauffinger
Ruedt Gröbinger
Anfang 8 Ende 10¹/₄
I. Rang und I. Sperrsitze
7 Mk.

Suchen Sie?
Vielleicht haben wir das Richtige für Sie? Es ist uns einerlei, welchen Beruf Sie haben, und ob Sie auf dem Lande oder in der Stadt wohnen. Wir haben zu großartige Massenartikel, die jeder braucht und verbraucht; sie sind praktisch und geldsparend, daher kennen sie keine schlechten Zeiten. Da wir wünschen, daß die Artikel überall zu haben sind, wollen wir auch für Ihre Gegend sofort eine alleinige Lieferstelle eröffnen. Kein Laden, kein Reisen, nur verlässliches Handeln nach unsern Anweisungen erforderlich. Daher ist es auch völlig nebensächlich, ob Sie Kaufmann, Arbeiter, Beamter, Fabrikant oder Angestellter sind. Weil starke Nachfrage, kann sofort und ohne Kapital verdient werden. Da eine Konkurrenz ausgeschlossen ist, ist die Verdienstspanne außergewöhnlich hoch, und haben Sie ein Einkommen von monatlich wenigstens 800 Mk. Reichen Sie sofort Ihre Bewerbung ein, woraus für Sie — ohne Kosten und unverbindlich für Sie — Ihnen die Unterlagen zugehen lassen, und damit Sie unsere aufsehenerregenden Artikel selbst kennenlernen und erproben können, senden wir Ihnen gratis und franko einige Muster. Bewerbung erbeten unter **M. F. Nr. 26 an Ala Haasen-stein & Vogler, Nürnberg.**

SONDER-VERKAUF
wegen Geschäftsübergabe
Da unser seit Jahren bestbekanntes
Wäsche- und Ausstattungs-geschäft
in anderen Besitz übergeht, verkaufen wir unser reich sortiertes Lager zu ganz besonders herabgesetzten Preisen
G. 573
GESCHWISTER BAER
Telephon 579 KARLSRUHE Waldstraße 37
Wir bitten um Beachtung unserer Schaufenster

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Täglich
abends 8 Uhr
Die lachende
Revue
**Freut euch
des Lebens!**
846